



Wählen wir die eigene Kraft zur Veränderung!

Letztes Wochenende sind wieder viele Hunderttausende auf die Straße gegangen gegen den Rechtsruck, allein in München weit mehr als eine Viertelmillion. Das zeigt, wie viele Menschen zurecht empört sind und es nicht hinnehmen wollen, dass in diesem Wahlkampf immer mehr rechte Hetze betrieben wird und der womöglich nächste Kanzler Friedrich Merz mit der AfD gemeinsam das Asylrecht abschaffen will.

Auf diesen Demonstrationen wurde die Zusammenarbeit von CDU und AfD skandalisiert, aber kaum die Inhalte ihrer Politik. Und so versuchen SPD und Grüne sich im Wahlkampfendspurt als Verteidiger:innen „der Demokratie“ zu präsentieren, während sie selbst genauso Migrant:innen zu Sündenböcken stempeln, um von anderen Problemen abzulenken. Im TV-Duell mit Merz hat sich Scholz damit gebrüstet, dass in seiner Kanzlerschaft die Zahl der Abschiebungen um 70 % gestiegen sei. Und nach verbalen Attacken gab es ein herzliches Händeschütteln. Merz und Scholz verstehen sich und wer weiß, vielleicht regieren sie wieder zusammen.

Die große Koalition der Ablenkung

Das ganze Getöse zu Migration auf allen Kanälen und das Wetteifern darum, wer am meisten abschiebt, ist ein Segen für die Superreichen und die Großkonzerne, die uns auf der Tasche liegen und uns aussaugen. Denn die großen Parteien planen weitere Angriffe gegen uns alle. Sie reden darüber, dass man „die Wirtschaft“ wieder in Schwung bringen müsse, und bereiten Angriffe auf Löhne und Arbeitsbedingungen und Geschenke an Konzerne vor. Zusätzlich zu dem massenhaften Stellenabbau, der schon im Gange ist.

Die Steuersenkungspläne der CDU würden dem reichsten Prozent der Bevölkerung weitere 28 Milliarden zuschustern. Ganz ähnlich bei AfD und FDP. Gleichzeitig soll weiter aufgerüstet werden und deshalb müssen wir uns auf neue Kürzungspläne bei Sozialem, Gesundheit, Bildung, Nahverkehr, öffentlichem Wohnungsbau etc. einstellen. Also auf eine Politik zu Lasten der Niedriglöhner:innen, der Familien mit wenig Geld, von Wohnungssuchenden usw.

Das sind die wirklichen Gefahren, die uns drohen! Um diese Angriffe durchzusetzen, müssen sie uns ablenken und spalten. Deshalb die ganze Migrationsdebatte, deshalb das Ausspielen von Bürgergeldempfänger:innen gegen die „fleißigen Niedriglöhner“.

Zusammen gegen die Spaltung

In diesen Tagen sieht man auch in Berlin, wer wirklich zusammengehört und Verbesserungen durchsetzen kann: Am Montag streikte die BVG. 6.000 entschlossene Kolleg:innen zogen von der BVG-Zentrale zum Finanzsenator. In den letzten 4 Inflationsjahren sind sie leer ausgegangen, nun fordern sie 750 € mehr für alle. Am Donnerstag und Freitag sind streiken die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, unter anderem das Krankenhauspersonal und von der BSR. Alle Arbeitenden gemeinsam halten das Leben nicht nur in dieser Stadt am Laufen. Wir haben dieselben Interessen und können sie alle gemeinsam am wirkungsvollsten durchsetzen, wenn wir uns jeder Spaltung entgegenstellen. Streiks, Mobilisierungen, Arbeitskämpfe haben das Potential mehr zu verändern als das Kreuz am Wahltag.

Für eine Welt ohne Grenzen, Krieg und Ausbeutung!

In diesem Sinne treten auch sozialistische Kandidat:innen von der Revolutionär Sozialistischen Organisation (RSO) und von der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO) in drei Wahlkreisen zur Bundestagswahl an, darunter Franziska Thomas (RSO) Tempelhof-Schöneberg und Inés Heider (RIO) Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg Ost. Sie sind keine Wirtschaftsberater oder Rechtsanwält:innen, sondern als Sozialarbeiter:innen Leute wie du und ich mit den gleichen Sorgen und Problemen.

Sie wollen im Wahlkampf ein Kampfprogramm für die Arbeitenden sichtbar und hörbar machen: Ein Kampf gegen alle Entlassungen, mindestens 650 Euro mehr und kein Einkommen unter 2.000 Euro netto. Sie wollen nicht spalten, sondern zusammenführen: All diejenigen, die immer wieder in ihrer materiellen Existenz bedroht sind und malochen müssen um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Deshalb fordern sie Bleiberecht für alle und stellen sich gegen Gewalt an Frauen und LGBTQI*. Eine Stimme für diese Direktkandidat:innen ist ein Ausdruck des Vertrauens in die eigene Kraft als Arbeiter:innen und Arbeiter.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Am 22. Februar raus gegen die Kürzungen

Die Berliner CDU/SPD-Regierung hat sich nun auf die weiteren Sparmaßnahmen für 2026/2027 verständigt. Das sind nochmal Einsparungen von fast 800 Millionen pro Jahr. Das kommt oben drauf auf die 3 Milliarden Kürzungen dieses Jahr. Das ist riesig für eine Stadt wie Berlin. Das sind Kürzungen in allen Bereichen – das kann hart werden. Gegen alle Lohnforderungen und Forderungen nach mehr Personal kommt als Argument: Geht nicht, müssen sparen. Haste am 22. Februar frei? Komm zur **#unkürzbar-Demonstration um 14 Uhr Neptunbrunnen**. Haste Dienst? Dann kommste kurz vorbei.

Kapitalismus raus aus den Zügen!

Im „Kanzlerduell“ gab es ein paar Sekunden zu dem super wichtigen Thema Bahn. Scholz verspricht, weitermachen wie bisher. Merz will die Aufspaltung des Konzerns und sagt, Netz muss in Hand des Staates bleiben und der Betrieb auf dem Netz könne im Wettbewerb stattfinden. Das dann wahrscheinlich unter einem CSU-Deppen als Minister. Alles klingt wie eine Drohung mit einer Prise Wahlkampf-Populismus. Dass das Bahnsystem ein staatlicher öffentlicher Dienst sein sollte, mit mega guten Arbeitsplätzen und super Ausbau, weil nun mal jeder von A nach B kommen muss und das Klima nicht anders gerettet werden kann, kommt nicht als Idee. Klar, sowas passt nicht in die Anbetung des heiligen neoliberalen Kapitalismus-Gottes.

Griechenland: 2 Jahre nach Zugkatastrophe sind Tausende auf den Straßen gegen die Regierung

Am Sonntag, den 26. Januar, gingen Zehntausende Menschen auf die Straße, unter anderem in Athen (30.000) und Thessaloniki (16.000). Sie gedachten der größten Eisenbahnkatastrophe des Landes am 28. Februar 2023. Zwei Züge krachten zwischen Athen und Thessaloniki ineinander. 57 Menschen kamen ums Leben, vor allem junge Leute. Die Folgen der Aufspaltung des Bahnsystems in Infrastruktur und Betrieb und die anschließenden Privatisierungen (Ferrovie dello Stato und Alstom sind dabei) spielten eine zentrale Rolle bei dem Unglück. Diese Maßnahmen waren Griechenland nach der Staatsschuldenkrise von der EU aufgezwungen worden! Auf Transparenten bei den neuen Massendemonstrationen stand: „*Wir vergessen nicht, wir vergeben nicht*“. Am 28. Februar ist Generalstreik geplant.

Ausschreibung der S-Bahn? Die Idee wird auch mit den Jahren nicht besser

Der Abgabetermin für die Bahnkonzernhaie ist wieder verschoben. Aus den Hinterzimmern lässt man verkünden, es seien neue Probleme aufgetaucht. Das können wir uns vorstellen. Es geht um 5,6 Milliarden für neue Züge und ein paar Milliarden mehr für

dies und das. Die Fragen fangen an, ob es genug Leute und Kapazitäten gäbe, um die alten Züge länger fit zu halten.

Gab es nicht schon vor Jahren heftig Kritik an dieser Monster-Ausschreibung und die Forderung, das sofort zu stoppen? Von Leuten, die was davon verstehen, so von Bahnern...?

Was sich die sogenannten Arbeitgeber so unter „Lösung des Fachkräftemangels“ vorstellen

Die FDP hat im Auftrag der großen Konzerne schon einen Gesetzesentwurf eingebracht, der nur noch auf den neuen Bundestag wartet: die tägliche Arbeitszeitgrenze von 8 bzw. 10 Stunden soll gestrichen werden.

Warum nicht gleich: „Innerhalb eines Tages darf die Arbeitszeit höchstens 24 Stunden betragen“? Schön leicht verständlich, Bürokratie abgebaut und sogar mit einem Feigenblättchen Begrenzung.

EVG-Tarifrunde: Sie reden...

Letzte Woche waren 1.000 EVG-Kolleg:innen aus vielen Städten vor dem Hauptbahnhof, alle möglichen Berufe, von Cargo, InfraGo, Fernverkehr. Jeder hatte was zu den ganzen Verschlimmerungen der letzten Jahre zu erzählen.

Seit Mittwoch laufen die Tarifverhandlungen. Die sollen 5 Tage dauern. Seiler zeigt sich unbeeindruckt. Er hat als Ziel klar gemacht: „Ein guter Kompromiss.... Planungssicherheit für das Unternehmen.“ Für „Schichtdienstleistende“ soll es 7,9 % geben. Die Definition von „Schichtdienst“ ist noch zu klären. Seiler erklärt auch: Die Situation ist nicht einfach, weil es gibt eine „Sanierungssituation“. Eine lange Laufzeit sei auch sehr wichtig, daran wird dann die Beschäftigungssicherung geknüpft. Das stinkt. Aber Achtung: wenn sowohl EVG-Leitung als auch DB-Vorstand unbedingt schnell eine Einigung wollen, dann heißt das nichts Gutes für die Belegschaft. Wenn man von vornherein keine Streiks will und nur mit dem Konzern reden will, dann gibt es nicht mehr, als der Konzern eben will.

Und die Füße stillhalten bis... wann?

Was Seiler mit langer Laufzeit meint? Der DB-Konzern will die Löhne für die nächsten 37 Monate festschreiben und damit auch jedes Mini-Risiko an Streiks ausschließen. Bei den BVG-Kollegen verlangt die Chefetage sogar 4 Jahre Laufzeit! Wenn die Lohnerhöhungen dafür zumindest 30% wären mit automatischer Anpassung an Preissteigerungen, vielleicht könnte man drüber nachdenken. Vielleicht.

Wahlkampf-Abschlussparty Freitag, 21. Februar

im Biergarten „Jockey“ (Raitborstraße 18c in Kreuzberg) ab 19 Uhr mit Soli-Party ab 21 Uhr. Kommt vorbei für Diskussionen, um zu feiern und für das schöne Leben. Spendenempfehlung: 10-20 €€

Wenn dir das Flugblatt gefällt, dann gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter und schreib an:

www.zugfunke.sozialismus.click



Facebook/Instagram: **Der Zugfunke**

V.i.S.d.P.: Klaus Kirschner c/o Stefan Bommer, Bildun Ischaft für Arbeiter*innen, Sonnenallee 152, 120059 Berlin